

Politik : Einsatz für unsere Ziele

Autor(en): **Schöni, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung**

Band (Jahr): **30 (1988)**

Heft 4: **Behinderte Politik**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157661>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politik – Einsatz für unsere Ziele

Name: Schöni, Paul
Parteizugehörigkeit: LDP
Wohnort: Riehen (BS)

Noch kann ich nicht auf eine lange Erfahrungszeit als Politiker zurückblicken. Ich bin seit einem Jahr bei der Liberaldemokratischen Partei. Zu dieser Partei bin ich anlässlich der LDP-Fachtagung «Behinderte und Gesellschaft – Ansätze für die neunziger Jahre», wo ich bei der Vorbereitung und Durchführung mithalf, gestossen. Nicht, dass ich mir dringend eine Partei gesucht hätte, ich wurde angefragt, auch gleich als Neuling aufgestellt, kandidierte also dieses Jahr für den Grossen Rat Basel-Stadt. Allerdings reichte es diesmal noch nicht für einen Sitz.

Es wäre schön, wenn mehr behinderte Politiker auf Gemeinde-, Kantons- wie auch auf Bundesebene vertreten wären.

Vorstufen des politischen Handwerkes habe ich mir bei meinen zahlreichen Tätigkeiten in Behindertenorganisationen erworben: Ich bin Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Kranken- und Invaliden-Selbsthilfeorganisationen Basel-Stadt und Basel-

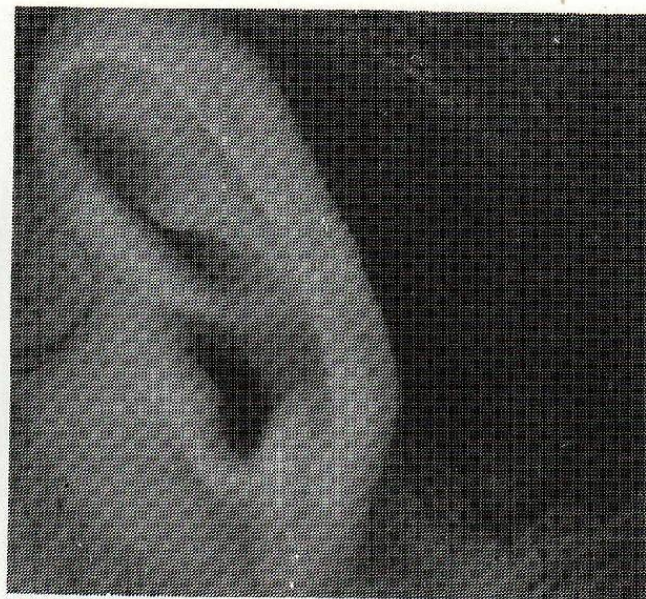
Land (AKI), eine regionale Dachorganisation, in der zur Zeit acht Kranken- und Invalidenselbsthilfvereine zusammengeschlossen sind. So fliesen natürlich die Anliegen der Behinderten direkt in meine Parteitätigkeit ein. Zudem bin ich seit einiger Zeit in der Behinderten-Kommission Basel-Stadt, ein parteiunabhängiges Gremium, das vom Regierungsrat auf vier Jahre gewählt wird, und das sich aus einflussreichen Vertretern der Selbsthilfe, der Behörden und der Wirtschaft zusammensetzt. Alle Fragen, die von Behinderten und deren Organisationen an die Regierung gelangen, werden dieser Kommission zur Abklärung vorgelegt, und diese unterbreitet dann der Regierung ausgearbeitete Anträge. Es ist ganz klar, dass mir hier die Parteimitarbeit im Sinne einer Vernetzung der Interessen vonnutzen ist.

Entstanden ist diese Kommission eigentlich aus einer Expertenkommission, der ich angehörte, die sich mit der Frage eines Behindertengesetzes zu befassen hatte, schliesslich aber zum Ergebnis kam, dass die Gesetzgebung in Basel-Stadt so sozial ist, dass es kein besonderes Behindertengesetz braucht, wohl aber eine bessere Koordination der Lösungsansätze. In der Kommission für kantonübergreifende Projekte von Behin-

Sorge für das Gemeinwohl

der Institutionen BL und BS, wo ich schliesslich vertreten bin, geht es um den Bedürfnisnachweis und die Klärung von Subventionsfragen.

In meiner Partei engagiere ich mich in der Arbeitsgruppe Sozialpolitik, wo die Hauptschwerpunkte zur Zeit bei der Schulreform und der 10. AHV-Revision liegen. Auch wenn es sich hierbei nicht um behindertenspezifische Fragestellungen handelt, tangieren solche Bereiche doch auch immer die Anliegen Behinderter, beispielsweise ist es mir ein Anliegen, im Rahmen der Schulreform die Integration behinderter Jugendlicher in das öffentliche Schulsystem zu berücksichtigen, durch Massnahmen wie Zugänglichkeit der Schulhäuser, Stützunterricht etc. Ganz allgemein meine ich, dass die Partei gegenüber Behindertenfragen sehr aufgeschlossen ist, so dass viel zu erreichen ist, was die Anliegen Behinderter betrifft. Andererseits fasziniert es mich und stellt eine wichtige Herausforderung an mich dar, in dieser Sozialkommission mit Themenbereichen ausserhalb der Behindertenpolitik konfrontiert zu werden.



Zur Zeit bemüht sich die AKI um einen Sitz in der Verkehrskommission Basel-Stadt. Hier bin ich absolut der Meinung, dass Behinderte vertreten sein müssen, vor allem wenn es um schwerwiegende Angelegenheiten geht, wie dies der Fall war bei der Innenstadtsperrung bzw. Fussgängerzone, wo Behinderte von jeder Mitsprache ausgeschlossen waren. Heute beispielsweise gälte es, gegen die angekündigten Parkierungsschwernisse anzukämpfen und statt dessen weitere Erleichterungen zu erreichen. Als weiteres Ziel in meiner Tätigkeit hoffe ich, die Steuerfrage hineinzutragen, um einen einheitlichen Steuerabzug für Behinderte zu erreichen. Zur Zeit sind wir nämlich bei der AKI dabei, eine Fragebogen-Umfrage bei Behinderten bezüglich invalidi-

Politisieren ist eine aufwendige und zeitraubende Angelegenheit



tätsbedingte Lebenshaltungs-Mehrkosten auszuwerten.

Lassen Sie mich abschliessend einen Wunsch äussern: Es wäre schön, wenn mehr behinderte Politiker auf Gemeinde-, Kantons- wie auch auf Bundesebene vertreten wären. Nur so werden wir unsere Ziele erreichen. Zwar setzen sich Politiker, die Behinderte vertreten, wohl sehr ein, doch sie erreichen nie das, was wir uns eigentlich wünschen. Allerdings ist Politisieren eine aufwendige und zeitrau-

bende Angelegenheit. Zur Zeit habe ich in der LDP-Sozialkommission jede Woche eine Sitzung, wobei die Sitzungen nicht einmal das Aufwendigste der politischen Tätigkeit darstellen. Die Hauptarbeit besteht im Beschaffen der notwendigen Unterlagen und im Aktenstudium, also im gründlichen und vielseitigen Sich-Informieren. So bin ich dauernd in Weiterbildung, glaubte ich doch viel zu wissen, um jetzt erneut festzustellen, dass es für mich noch vieles zu lernen gibt. ■